

Initiativantrag der Abteilung Neustadt

Der Kreisdelegiertentag möge beschließen:

Der Kreisdelegiertentag bittet alle Mitglieder der Spandauer SPD bei der anstehenden Mitgliederbefragung eine Koalition der SPD mit der CDU (sogenannte „Große Koalition“) abzulehnen.

Begründung:

Frau Merkel will eine „Große Koalition“. Und - aus ihrer und der CDU - Sicht sprechen vielen gute Gründe dafür. Herr Schäuble hat sehr wahrscheinlich so viel Ungemach im Koffer, dass er sogar der Forderung nach Steuererhöhungen beim eigenen Klientel zustimmen würde.

Natürlich würde es daher Frau Merkel beruhigen, wenn die einzige Partei, die eine wirksame Opposition machen kann, in **ihre** Entscheidungen eingebunden ist. Dass es ihr gelingt, den Koalitionspartner zum Sündenbock ihrer unsozialer Entscheidungen zu stempeln, hat sie eindrucksvoll bewiesen.

Wenn es wirklich einmal um Entscheidungen von existentieller Bedeutung gehen sollte, muss es in jedem Fall eine Verständigung zwischen CDU/CSU einerseits und SPD/Grüne andererseits geben - schon wegen der Mehrheiten im Bundesrat.

Wer also erklärt, die SPD könne auf solche Entscheidungen nur im Rahmen einer Regierungsbeteiligung Einfluss nehmen, unterschätzt die Mechanismen der Demokratie in Deutschland.

Wer will, dass Fragen von nationaler Bedeutung nur mit **kritischer Zustimmung** der SPD gefällt werden, gerade der muss ein Bündnis mit der CDU/CSU **ablehnen**.

Eine oppositionelle SPD kann Notwendigkeiten kritisch hinterfragen. Eine Koalition bindet ein.

Der CDU geht es um das bequeme Regieren und darum, die SPD dauerhaft an sich zu binden - bis zu deren Untergang als Volkspartei. Die SPD hat bei den Wahlen 2009 rund 10 Millionen Wähler verloren - und zwar an die „Partei der Nichtwähler“. Von diesen hat sie jetzt mit einem überzeugenden Wahlprogramm ein Zehntel zurück gewonnen. Die anderen neun Millionen Enttäuschte haben das Bemühen - auch des Spitzenkandidaten - als (noch) nicht glaubwürdig angesehen.

Eine Große Koalition birgt viele Gefahren:

◆ **Schwere Schäden für die Demokratie!**

Eine Opposition, die aus zwei Parteien besteht, die zusammen nur 15 % der Abgeordneten stellt, ist keine Gefahr für die Regierung, weder jetzt noch später.

Das ist keine Opposition! Der Bundestag wird zu einer Theatervorstellung. Schon jetzt glauben viele Bürger nicht mehr daran, dass die Entscheidungen dort mit dem ernsthaften Willen, die richtige Lösung der Probleme zu finden, diskutiert werden.

Eine Mini-Opposition würde nicht einmal glauben machen können, dass sie in der Lage ist, etwas zu erreichen. Es wäre ein entwürdigendes Schattenboxen.

Dass dieser Mangel an Demokratie viele Deutsche nicht stören würde, ist beunruhigend.

In einer Großen Koalition hat der einzelne Abgeordnete kein Gewicht. Kritische Stimmen in den Fraktionen bleiben ohne Bedeutung. Selbst wenn sich eine Gruppe von Abgeordneten offen gegen Beschlüsse der „Führungsgremien“ wenden würde, es wäre unerheblich. Die Mehrheiten stehen immer. Auf den Einzelnen oder kleine Gruppen kritischer Abgeordneter kommt es nicht an.

Der Bundesrat wird entwertet. Auch hier hätten CDU/CSU und SPD eine erdrückende Mehrheit. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland würde nach-

haltig beeinträchtigt. Die Erfahrung zeigt, dass dann die Interessen der Länder zurückstehen müssen.

◆ **Unvermeidbar wäre: die SPD entwertet sich!**

Die SPD entwertet sich als soziales Korrektiv. Soziale Errungenschaften – und seien sie intern der CDU abgerungen – werden immer der führenden Kraft der Koalition zugeschrieben. Dass sie das kann, hat Frau Merkel im Wahlkampf bewiesen! Und diese „führende Kraft“ ist tatsächlich übermächtig. Der Wahlerfolg der CDU ist beeindruckend, die SPD nunmehr tatsächlich der „kleine Juniorpartner“. Der Einfluss der SPD in dieser Koalition wird, wie groß er auch immer tatsächlich sein mag, in der breiten öffentlichen Meinung nicht wahrgenommen. Und das ist auch verständlich! Wer glaubt denn ernsthaft, dass sich die CDU/CSU, der nur drei Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen, von einer geschrumpften SPD am Gängelband führen lässt?

◆ **Die Linke und die Grünen werden zu einer Alternative aufgebläht – oder wachsen in diese Rolle sogar noch hinein.**

Auch diese Möglichkeit bereitete der CDU keine schlaflosen Nächte – für die SPD wäre dies eine existentielle Bedrohung!

◆ **Die SPD würde in einer Großen Koalition unfehlbar in die Rolle des Verräters sozialer Belange zurückfallen, aus der sie sich nur sehr teilweise herausgearbeitet hat.**

Und dieser Rückfall hätte noch dauerhaftere Folgen – Rückfalltätern glaubt man die Läuterung nicht. Gysi würde sich als Chef-Ankläger darstellen können und Zuspruch erfahren. Er kann das.

Aber auch die nationale (teilweise faschistoide) Rechte bekäme Zulauf.

◆ **Die parteiinternen Gegensätze in der Sozialdemokratie werden durch die Große Koalition nicht aufgehoben, sondern verstärkt.**

Die SPD müsste sich von Gysi vorführen lassen, wie das schon jetzt passiert: Der Vorstoß der Linken in Sachen Mindestlohn ist nur ein Vorgeschmack.

Da die Partei selbst ernsthafte und berechtigte Kritik an der Regierungsarbeit im Bundestag nicht auffangen könnte, stehen lähmende Dauerkonflikte ins Haus. Für viele Sozialdemokraten wäre es unerträglich, sich so vorführen zu lassen.

Wie die SPD dann auch noch als Herausforderer der CDU in den nächsten Wahlkampf gehen will, bleibt ein Geheimnis der „Ministerkandidaten“.

◆ **Zum Schluss das beliebte Argument:**

Es reicht nicht, alles abzulehnen. Die vernünftige Alternative liegt in einer Schwarz-Grünen Koalition. Deutschland braucht eine tatkräftige Regierung! Die FDP hat diese Position dauerhaft aufgegeben. Liberale wählen bürgerlich. Und die Klientel der Grünen ist bürgerlich. Diese Leute können sich eine ökologische Politik auch leisten. In dieser Erkenntnis korrigiert die neue Führung der Grünen denn auch die bisherigen Festlegungen. An die Forderung nach Steuererhöhungen werden die Grünen ihr Herz nicht noch einmal verlieren!

Aber: Mit echten Liberalen kann es in Zukunft auch wieder eine Sozial-liberale Koalition geben.

Wir lehnen aus diesen Gründen eine Große Koalition ab.